

Herausgeber: Landesverband
CDU Schleswig-Holstein
Senioren-Union
Karl-Heinz Starck
Landesvorsitzender
Sophienblatt 44-46
24114 Kiel

Internet: www.seniorenunion-sh.de
Email: helga.lucas@cdu-sh.de
V.i.S.d.P.: Helga Lucas
Landesgeschäftsführerin der Senioren-Union

Oktober 2010



WER WIR SIND

Die Senioren-Union ist eine selbstständige Vereinigung in der CDU. Sie finden bei uns Frauen und Männer, die in den wesentlichen Grundfragen des Zusammenlebens der Menschen ähnliche Auffassungen vertreten. Sie treffen bei der Senioren-Union auf interessante und verständnisvolle Gesprächspartner. Wir lieben das offene Wort und respektieren die persönliche Meinung des Anderen.

Wer bei der Senioren-Union mitmachen will, braucht nicht in die CDU einzutreten, darf aber auch nicht in einer anderen Partei sein. Alle, die das 60. Lebensjahr vollendet haben oder bereits vorher nach dem geltenden Recht aus dem aktiven Arbeitsleben ausgeschieden sind, laden wir zur Mitarbeit ein. Ihre Berufskennnisse und ihre Lebenserfahrungen sind für die Senioren-Union von großer Bedeutung.

Wir haben in Schleswig-Holstein einen Landesverband, in den Landkreisen und kreisfreien Städten haben wir Kreisverbände.

In einer ständig größer werdenden Zahl von Städten und Gemeinden haben wir auch Orts- und Regionalverbände. Wir wählen unsere Vorstände selbst und haben ein eigenständiges Veröffentlichungsrecht. Der Senioren-Union unseres Landes gehören über 4800 Mitglieder an.

Auch in allen anderen Landesverbänden der CDU gibt es eine Senioren-Union. Auf Bundesebene wird die Senioren-Union von einem Bundesvorstand geleitet. Er gibt für die Mitglieder der Senioren-Union die Zeitschrift „Souverän - Magazin für zukunftsorientiertes Denken“ heraus.

WAS WIR TUN

Wir sind tätig im politischen Bereich und auf dem weiten gesellschaftlichen Feld.

Die Senioren-Union vertritt innerhalb der CDU und nach außen die politischen Belange der älteren Generation. Nachdrücklich treten wir für die berechtigten Interessen der älteren Generation ein, sind aber immer auch auf einen gerechten Ausgleich bedacht. Wir sind also eine aktive und – wo es notwendig ist – auch kämpferische Lobby für die Seniorinnen und Senioren. Allerdings eine Lobby, die auf das Gemeinwohl die gebührende Rücksicht nimmt.

Die Senioren-Union macht daher auf allen Handlungsfeldern der Politik, die seniorenpolitische Aspekte haben, ihren Anspruch auf Mitwirkung und Mitentscheidung geltend. Sie verweist dabei auf den immer größer werdenden Anteil der älteren Generation in unserer Gesellschaft: 20 % der Bevölkerung

in Deutschland im Jahre 2008 besteht aus 65-Jährigen und Älteren, im Jahr 2060 wird bereits jeder Dritte (34 %) mindestens 65 Lebensjahre durchlebt haben und es werden doppelt so viele 70-Jährige leben, wie Kinder geboren werden.

Blickt man auf die Wahlberechtigten, so gehören fast 30 % der Wählerinnen und Wähler zu den über 60-Jährigen. Und diese Anteile werden in den nächsten Jahren weiter steigen. Wenn die Seniorinnen und Senioren bereit sind, mit dem Kreuz auf dem Wahlzettel entschlossen für ihre Interessen einzutreten, dann wird schon bald eine Politik gegen die Interessen der älteren Generation nicht mehr möglich sein.

Um unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen, machen wir von allen Handlungsmöglichkeiten Gebrauch, welche die Politik zur Verfügung stellt. Wir informieren unsere Mitglieder in sachlicher Weise über alle wichtigen Tatsachen, die man zur Bildung einer abgewogenen eigenen Meinung braucht. Wir diskutieren mit unseren Mitgliedern, fassen Entschlüsse und vertreten diese Entschlüsse innerhalb der CDU und auch in der Öffentlichkeit. Wir führen intensive politische Gespräche in unserer Partei mit dem Landesvorstand, mit den Kreisvorsitzenden, mit den Vertretern der anderen Vereinigungen, mit unseren Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie mit unseren maßgeblichen Kommunalpolitikern. Wir vertreten unsere Positionen auf den Landesparteitagen der CDU, im Landesausschuss unserer Partei und auf Kreisparteitagen der CDU. Schließlich bemühen wir uns nachdrücklich darum, dass die ältere Generation noch besser als bisher in den Vorständen und Fraktionen der CDU repräsentiert ist.

Politik ist vergleichbar mit dem Bohren kleiner Löcher in dicke Bretter. Man braucht Zeit, Kraft, Augenmaß und Geduld. Und wir brauchen Unterstützung. Kommen Sie zu uns! Machen Sie mit! Gemeinsam sind wir stark! Alle Seniorinnen und Senioren, die den tragenden Grundsätzen unserer Partei zustimmen, sind uns als neue Mitglieder herzlich willkommen.

Wir befassen uns aber nicht nur mit Politik, sondern engagieren uns auch gesellschaftlich. Wir haben es in der Senioren-Union seit ihrer Gründung vor gut fünfzehn Jahren stets so gehalten, dass wir neben der politischen Arbeit auch anderen Aktivitäten einen breiten Raum einräumen. Sie können also bei uns den Kreis Ihrer Bekannten erweitern und Anregungen vielfältiger Art aufnehmen.

Die Kreisverbände/Ortsverbände unserer Vereinigung veranstalten gemeinsame Ausflüge und Reisen, sie organisieren interessante Besichtigungen und sie laden auch zu Vorträgen ein, die überhaupt nichts mit Politik zu tun haben.

Wir wissen: Wenn man älter wird, dann nimmt oft die Zahl der Kontakte zu anderen Menschen ab. Dafür gibt es vielfältige Gründe. Wir wollen dieser

Entwicklung entgegenwirken und geben Ihnen die Möglichkeit, an Unternehmungen teilzunehmen, die Menschen verbinden und auch Freundschaften stiften können. Wer sich unserer Vereinigung anschließt, der wird gewiss nicht einsam werden.

WAS WIR WOLLEN

Seniorenpolitik ist und bleibt im Kern Sozialpolitik. Wir vertreten daher in erster Linie die sozialen Belange der älteren Generation. Unsere vordringlichen seniorenpolitischen Ziele und Forderungen sind:

Beschäftigung älterer Arbeitnehmer

Vor dem Hintergrund, dass nur noch rund 14 % der Deutschen über 55 Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, fordern wir verstärkte Anstrengungen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen gerade für diese Bevölkerungsgruppe. Dazu gehören auch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen, an deren Kosten sich die Länder beteiligen müssten.

Zu wünschen ist ein „Bündnis für Arbeit für über 45-jährige“, das Unternehmer, Gewerkschaften und öffentliche Hand abschließen.

Altersversorgung

Wir wollen, dass die jetzigen Rentnerinnen und Rentner und auch diejenigen noch im Erwerbsleben stehenden Männer und Frauen, die zu den rentennahen Jahrgängen gehören, beitragsbezogene Renten erhalten, die ihnen einen von wirtschaftlichen Sorgen freien Lebensabend sichern. Sie haben darauf vertraut, dass das umlagefinanzierte Rentensystem dazu in der Lage sein würde und deswegen keine Notwendigkeit gesehen, zusätzlich eine kapitalgedeckte Altersvorsorge aufzubauen. Dieses Vertrauen darf nicht enttäuscht werden.

Die Akzeptanz unseres Rentensystems ist auf die Dauer gefährdet, wenn Versicherte trotz langer Beitragszeiten lediglich geringe oder gar sehr geringe Renten erhalten, die teilweise unter dem Sozialhilfeniveau liegen. Das Rentenniveau ist seit Jahren rückläufig und wird das auch in Zukunft werden, denn auch veränderte Erwerbsbiografien steigern das Armutsrisiko.

Das Rentenniveau (Verhältnis von Standardrente zu Durchschnittsverdienst) betrug 2009 in den alten Bundesländern 967,00 € bei Männern und 468,00 € bei Frauen.

Die bereits durchgeführten Einschnitte bei der Versorgung der älteren Generation haben ihre Grenzen erreicht. Weitere Belastungen sind für Rentner und Pensionäre, die kleinere Renten bzw. Pensionen beziehen, nicht mehr tragbar. Wir werden auch unsere Forderung nicht aufgeben, diese Belastungen zurückzunehmen, wenn es mit der Wirtschaft in Deutschland wieder aufwärts geht.

Auch die jetzt geltende Berechnungsformel für die Rentenanpassung muss entsprechend geändert werden. Die dynamische Rente, die unter Konrad Adenauer eingeführt worden ist, betrachten wir als zur Zeit faktisch abgeschafft. Ein verstärkter Einsatz steuerlicher Mittel für eine menschenwürdige Altersversorgung darf bei den Überlegungen kein Tabu sein.

Darüber hinaus sind wir der Ansicht, dass das ständige Drehen an den Schrauben der Rentenpolitik in absehbarer Zeit beendet werden muss. Notwendig ist eine umfassende Rentenreform, welche die Renten auf eine neue, der demografischen Entwicklung angepasste Grundlage stellt. Nur dann wird auch das Vertrauen der jüngeren und mittleren Generation in eine auch für sie gerechte Altersversorgung wieder hergestellt.

Unser Arbeitskreis „Rente“ hat in 12monatiger Arbeit entsprechende Vorschläge ausgearbeitet und wird sie im Herbst 2010 den politischen Gremien zur Annahme empfehlen.

Gesundheitspolitik

Viele ältere Menschen leiden an chronischen Krankheiten und brauchen daher ständig Medikamente. Die jetzige Zuzahlungsregelung belastet diese große Gruppe der Seniorinnen und Senioren in einem gegenüber den jüngeren Menschen unverhältnismäßig großen Umfang. Die Einschnitte bei der Altersversorgung verschärfen noch diese Situation. Wir fordern mit Nachdruck, dass hier für die Angehörigen der älteren Generation Erleichterungen geschaffen werden.

Mit der steigenden Zahl älterer Menschen gewinnt die Altersmedizin eine immer größere Bedeutung. Wir treten dafür ein, dass die geriatrischen und gerontopsychiatrischen Einrichtungen entsprechend dem Anteil der älteren Generation an der Gesamtbevölkerung gefördert werden. Die Zunahme der Demenzerkrankungen betrachten wir mit großer Sorge. Wir sehen gerade in diesem Bereich der Gesundheitspolitik eine besondere Herausforderung für eine Partei, die sich dem christlichen Menschenbild verpflichtet weiß. Wir fordern daher nachhaltige Verbesserungen bei der Behandlung und Pflege von an Demenz erkrankten Menschen.

Wir sind der Auffassung, dass die Palliativmedizin in Forschung, Lehre und Anwendung noch weiter gestärkt werden muss. Auch die Fort- und Weiterbildung der praktizierenden Ärzte in der Palliativmedizin muss intensiviert werden, denn nicht nur die Heilung, sondern auch die Schmerzlinderung gehört zur Pflicht eines jeden Arztes.

Altersgerechtes Wohnen

Auch im höheren Alter wollen die meisten Seniorinnen und Senioren so lange wie möglich in der ihnen vertrauten Wohnung in der bekannten Umgebung bleiben. Dafür sind oft bauliche Veränderungen in der Wohnung und bei den Wohnzugängen erforderlich. Forderungen des altengerechten Wohnungsbaus sollten im Sinne der Vorsorge bei allen Planungen und Programmen des Baus und der Sanierung einschließlich der öffentlichen Förderung des Wohnungsbaus von vornherein berücksichtigt werden.

In den Kreisen und kreisfreien Städten sind ausreichende Möglichkeiten der Beratung in Bau- und Finanzierungsfragen anzubieten und neue Wohnformen wie Wohngemeinschaften und generationsübergreifendes Wohnen zu entwickeln.

Zum altengerechten Wohnen gehört auch ein barrierefreies, auf die Ansprüche älterer Menschen abgestimmtes Wohnumfeld. Eine angemessene Versorgung mit Verkehrsmitteln und gut erreichbaren Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf sowie Freizeitflächen ist anzustreben.

Pflege

Bei der absehbaren demographischen Entwicklung mit deutlich zunehmender Zahl von Menschen in sehr hohem Alter wird der Pflegebedarf steigen, für den eine angemessene öffentliche Absicherung vorhanden sein muss. Entscheidende Grundlage dafür bildet die Pflegeversicherung, deren Reform die Bundesregierung im Koalitionsvertrag angekündigt hat. Als Schwerpunkte müssen die grundlegende Neufassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs mit einer Umstellung der Feststellung des Pflegebedarfs vom Hilfebedarf auf die vorhandenen Fähigkeiten zur Selbsthilfe und der Abbau bürokratischer Vorschriften zur Entlastung der Pflegekräfte für die Pflege am Menschen gesetzgeberisch umgesetzt werden. Dabei sollten auch andere gesetzliche Vorschriften wie z.B. das Heimrecht einbezogen werden.

Eine bedarfsgerechte Pflege kann nur sichergestellt werden, wenn

- die Einführung eines bedarfsgerechten Personalbemessungsverfahrens erfolgt,

- eine ausreichende Zahl von Pflegekräften ausgebildet und angemessen vergütet wird,
- die Koordinierung aller die Pflege berührenden Kontrollsysteme gewährleistet ist und die Ergebnisse der Prüfungen in für die Betroffenen verständlicher Form gefasst und veröffentlicht werden,
- Tagesstätten vor allem auch für Demenzkranke in erreichbarer Entfernung angeboten werden.

Hospizeinrichtungen

Die in den Hospizeinrichtungen von Ärzten, Krankenschwestern und ehrenamtlich Tätigen geleistete schwierige und auch belastende Arbeit findet bei uns Anerkennung und Respekt. Wir wollen, dass die Hospizeinrichtungen in Schleswig-Holstein im Rahmen eines flächendeckenden Gesamtkonzepts gefördert werden. Hier geht es für uns um eine Frage, die zum Kernbereich christlicher Nächstenliebe gehört.

Um insbesondere die erforderliche Schmerzbehandlung sicherzustellen, treten wir für eine Förderung von Palliative-Care-Teams (= interdisziplinäre Gruppen von Fachleuten, die sich der Versorgung von schwerstkranken und sterbenden Menschen widmen) ein, damit die ambulante Hospizarbeit möglich bleibt. Gleichwohl werden wegen der zunehmenden Singularisierung vermehrt stationäre Hospizeinrichtungen gebraucht werden, und zwar auch in den ländlichen Bereichen.

Keine Sterbehilfe

Jede Form der „aktiven“ Sterbehilfe lehnen wir entschieden ab. Es ist unsere Überzeugung, dass es dem Menschen verwehrt bleiben muss, sich zum Herrn über Leben und Tod zu machen. Wer die „aktive“ Sterbehilfe bejaht, sollte nach unserer Auffassung ernsthaft bedenken, dass gerade ältere Menschen in der Gefahr sind, durch die öffentliche Meinung oder durch Einzelpersonen dazu gedrängt zu werden, in ihren eigenen Tod einzuwilligen, obwohl sie in ihrem tiefsten Herzen dies nicht wollen. Gesetzliche Regelungen und Verwaltungsvorschriften können diese Gefahr nicht beseitigen.

Menschen in ihrer letzten Lebensphase sollte Hilfe durch Pflege, schmerzlin- dernde Behandlung und fürsorgliche Zuwendung gewährt werden.

Keine Altersdiskriminierung

Die demografische Entwicklung und nicht zuletzt die in der Wirtschaft sich ausbreitende Erkenntnis, dass die Seniorinnen und Senioren eine zunehmend wichtiger werdende Käufergruppe sind, haben erfreulicherweise dazu geführt, dass das früher oft grob verzerrte Altersbild sich in unserer Gesellschaft langsam ändert. Aber immer noch gibt es viele Formen der verdeckten und offenen Altersdiskriminierung im Arbeitsleben, im Rechts- und Geschäftsverkehr sowie bei der Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeit durch ältere Menschen. Insbesondere in den Medien und in Teilen der Werbung werden Seniorinnen und Senioren nach wie vor nicht selten als inkompetent und fortschrittsfeindlich dargestellt.

Wir wenden uns mit Nachdruck gegen jede Form von Altersdiskriminierung und treten dafür ein, dass ältere und jüngere Menschen auch hinsichtlich ihrer Teilhabe an den gesellschaftspolitischen Vorgängen als völlig gleichrangig behandelt werden. Der Gesetzgeber ist aufgerufen, den Schutz vor Altersdiskriminierung umfassend sicherzustellen und in diesem Zusammenhang entgegenstehende Vorschriften aufzuheben.

Mitwirkungsmöglichkeiten

Altenparlament: Das Altenparlament hat sich zu einem die Landesregierung beratenden Gremium entwickelt, in dem offen und kompetent alle wichtigen Fragen der Seniorenpolitik diskutiert werden. Es sollte allerdings sichergestellt werden, dass die Entschlüsse des Altenparlaments mehr als bisher auch tatsächlich in die Seniorenpolitik der Landesregierung einfließen.

Seniorenbeiräte: Wir bemühen uns darum, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Seniorenbeiräte zu verbessern. Alle Städte und Gemeinden sollten verpflichtet werden, gemeindebezogene und für sie geeignete Verfahren zur Beteiligung von Seniorinnen und Senioren zu entwickeln. Nach unseren Erfahrungen sollte die Wahl zum Seniorenbeirat grundsätzlich durch Briefwahl erfolgen. Das würde zu einer größeren Wahlbeteiligung führen.

Wenn in den Landkreisen die dort tätigen örtlichen Seniorenbeiräte sich zu einem Kreissenorenbeirat zusammenschließen wollen, sollten die kommunalen Gremien der Kreisebene diesem Wunsch entsprechen. Hierdurch wird nämlich gewährleistet, dass die sich auf den gesamten Landkreis beziehenden seniorenpolitischen Anliegen der älteren Generation von den Mitgliedern der Seniorenbeiräte sachgerechter vertreten werden können.

Ehrenamtliches Engagement

Viele ältere Menschen finden ihr Lebensglück darin, auch im Alter noch von anderen Menschen gebraucht zu werden. Wo immer wir eine Möglichkeit dazu sehen, fördern wir solche an uns herangetragenen Wünsche durch Rat und durch Tat. Dabei lassen wir uns auch von der politischen Erwägung leiten, dass das ehrenamtliche Engagement von Seniorinnen und Senioren den inneren Zusammenhalt zwischen Jung und Alt stärkt und damit das Bewusstsein fördert, füreinander verantwortlich zu sein. Um es deutlich zu sagen: Wir Älteren wollen nicht nur nehmen, sondern nach unseren Kräften und Fähigkeiten auch geben.

Seniorenbüros oder entsprechende Einrichtungen als Anlaufstelle für Seniorinnen und Senioren, die nach Beendigung ihrer Berufstätigkeit bereit sind, eine ehrenamtliche Tätigkeit zum Wohle der Gemeinschaft zu übernehmen, haben sich bewährt. Das Land und die Kommunen sollten diese Anlaufstellen auch in Zeiten knapper Kassen in geeigneter Weise fördern.

Sparsamkeit

Die öffentlichen Kassen sind leer. Bund und Länder sind hoch verschuldet. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen sich hinsichtlich ihrer Wünsche und Forderungen zurücknehmen. Auch wir Älteren wappnen uns daher mit Geduld. Aber wir verlangen zugleich, dass überall in unserem Staatswesen die Verschwendung und die Misswirtschaft wirkungsvoll bekämpft werden. Die Berichte der Rechnungshöfe im Bund und in den Ländern sprechen eine beredte Sprache. Wir fordern mit Nachdruck den Bundestag, die Bundesregierung, die Länderparlamente, die Landesregierungen und alle öffentlichen Verwaltungen auf, mit den ihnen nur anvertrauten Steuergeldern sparsam umzugehen.

Wir treten in diesem Zusammenhang dafür ein, dass die Parlamente spürbar verkleinert werden und fordern die Neueinführung eines Straftatbestandes der Amtsuntreue.